

Telefon: 0 233-21796
Telefax: 0 233-989 21796

Kreisverwaltungsreferat
Geschäftsleitung
Haushaltsplanung und -vollzug,
Controlling
KVR-GL/21

Haushalt 2015 des Kreisverwaltungsreferates

- **Ziele**
- **Produkte**
- **Teilfinanz- und Teilergebnishaushalt**
- **Investitionen**

Anlagen:

1. Ziele des Kreisverwaltungsreferates
2. Programmentwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2014 – 2018
mit verbindlicher Planung für 2019 (Version 630)

Beschluss des Kreisverwaltungsausschusses vom 18.11.2014 (VB)
Öffentliche Sitzung

Inhaltsverzeichnis

I. Vortrag des Referenten.....	3
1 Budgetentwicklung des Referatsteilhaushalts 2015.....	3
2 Einzelheiten zur Erlös-/Ertrags- und Einnahmenentwicklung.....	3
3 Einzelheiten zur Kosten-/Aufwands- und Ausgabenentwicklung.....	5
3.1 Zahlungswirksame Veränderungen.....	5
3.2 Veränderungen durch den zentralen IT-Dienstleister.....	5
3.3 Nicht zahlungswirksame Veränderungen.....	6
4 Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt.....	8
4.1 Teilergebnishaushalt.....	8
4.2 Teilfinanzhaushalt.....	8
5 Produktfinanzhaushalte.....	10
6 Produktergebnishaushalte.....	10
7 Investitionen.....	11
7.1 Grundlagen.....	11
7.2 Investitionsliste 1.....	11
7.3 Investitionsliste 3.....	13
8 Ziele.....	14
9 Produkte und Datenblätter.....	15
9.1 Fortschreibung.....	15
9.2 Ausweis der Vollzeitäquivalente.....	16
10 Gleichstellungsorientierte Haushaltssteuerung bei der	17
Landeshauptstadt München und die Umsetzung im Kreisverwaltungsreferat.....	17
II. Antrag des Referenten.....	19
III. Beschluss.....	20

I. Vortrag des Referenten

Mit dieser Vorlage legt das Kreisverwaltungsreferat den produktorientierten Referatsteilhaushalt 2015, die Investitionen sowie die Produkte und Ziele 2015 vor.

1 Budgetentwicklung des Referatsteilhaushalts 2015

Grundlage des Budgets für 2015 ist das Ist-Ergebnis des Jahres 2013.

Die Ergebnisse 2013 haben sich auf folgende Werte belaufen:

Erlöse	105.896.000 €
davon Einnahmen	103.017.000 €
Kosten	342.164.000 €
davon Auszahlungen	218.344.000 €

Anpassungen des Ist-Ergebnisses werden in den folgenden drei Kategorien anerkannt:

- Vorbestimmte Änderungen (beruhen auf Entscheidungen des Stadtrats),
- fremdbestimmte Änderungen (begründet in Gesetzesänderungen) und
- Ist-Korrekturen (bei Divergenzen z. B. wegen einmaliger Vorgänge und Buchungsabweichungen).

Nach der verwaltungsinternen Abstimmung mit der Stadtkämmerei belief sich das **Erlös-/Ertragsbudget auf 101.680.000 €** (Einnahmenbudget 99.192.000 €), das **Kosten-/Aufwandsbudget auf 307.464.000 €** (Ausgabenbudget 214.145.000 €).

2 Einzelheiten zur Erlös-/Ertrags- und Einnahmenentwicklung

Die Gesamtsumme der Erlöse/Erträge beläuft sich auf 102.129.000 €.

Die Einnahmen haben sich gegenüber dem Basisjahr 2013 im zahlungswirksamen Bereich um 3.825.000 € reduziert.

Die Reduzierung ergibt sich grundsätzlich aus der Gegenrechnung von Veränderungen auf Grund der Produktplanung und den vorgenommenen Ist-Korrekturen, die sich auf nahezu alle Produkte des Kreisverwaltungsreferates verteilen und in den entsprechenden Produktdatenblättern dargestellt sind.

Besonders hervorzuheben sind allerdings folgende Anmeldungen:

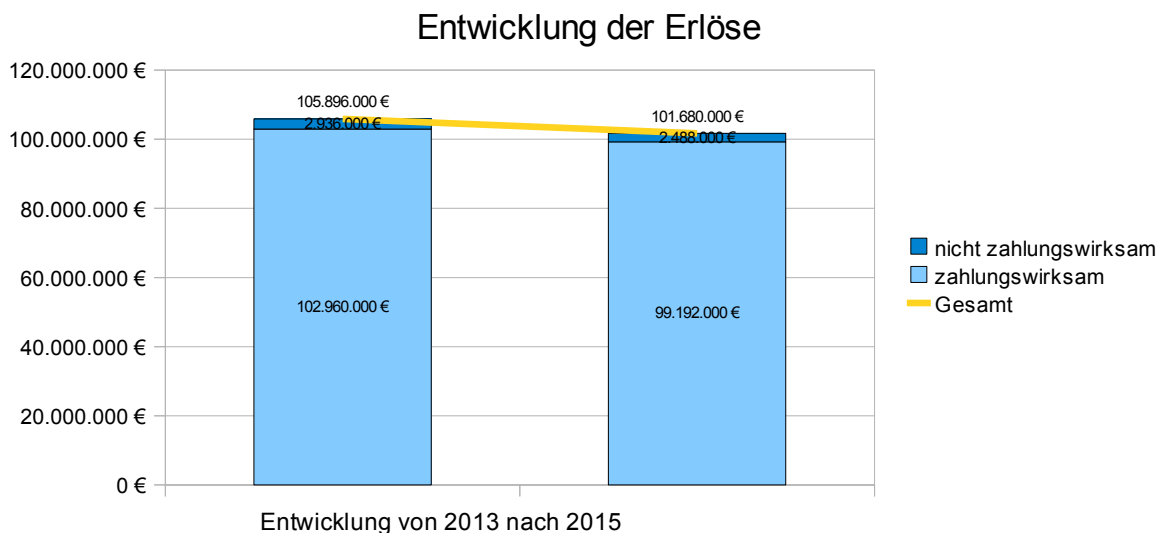
- 2013 wurden Kosten für Landtags- und Bezirkswahl sowie die Bundestagswahl erstattet. Nachdem im Jahr 2015 keine Wahlen stattfinden, waren diese Ist-Erlöse zu

reduzieren (- 1.590.000 €).

- Die Gebühreneinnahmen für die Pässe müssen angepasst werden, da sich die Fallzahlen entsprechend des 10-Jahreszyklusses bei dieser Produktleistung nach dem Durchschreiten der Talsohle wieder leicht nach oben entwickeln (+ 421.000 €).
- Auf Grund einer Gesetzesänderung im Bereich der Einzelverwarnungen für verbotswidriges Parken auf Kurzzeitparkplätzen müssen die Erlöse erhöht werden (+300.000 €).
- Bei den Parklizenzen läuft der Modellversuch Car Sharing (vorerst) aus. Nachdem die Einnahmen in der Ist-Basis enthalten sind, müssen sie korrigiert werden. Eine Reduzierung um 932.000 € ist erforderlich.
- Die vom KVR betreute Park & Ride GmbH hat in 2013 zu viel abgerufene Betriebsmittelzuschüsse aus Vorjahren zurückgezahlt. Diese Erstattung muss für 2015, da es sich in dieser Höhe um einen einmaligen Effekt handelt, um 757.000 € reduziert werden.
- Durch die Anpassung der Feuerwehrgebührensatzung werden Mehreinnahmen von 175.000 € erwartet.

Die Erlöse stellen sich damit tabellarisch und graphisch wie folgt dar:

Art der Erlöse	Ist-Basis 2013	Budget 2015
zahlungswirksam	102.960.000 €	99.192.000 €
nicht zahlungswirksam	2.936.000 €	2.488.000 €
Gesamt	105.896.000 €	101.680.000 €



3 Einzelheiten zur Kosten-/Aufwands- und Ausgabenentwicklung

Das Kreisverwaltungsreferat kann im Haushaltsjahr 2015 nach der verwaltungsinternen Abstimmung mit der Stadtkämmerei über ein Kostenbudget in der Größenordnung von 307.464.000 € (Auszahlungen 214.145.000 €) verfügen.

Die Reduzierung der Kosten zu diesem Zeitpunkt ergibt sich aus der Gegenrechnung von Veränderungen auf Grund von fremd- oder vorbestimmten Anmeldungen und den vorgenommenen Ist-Korrekturen, die sich auf nahezu alle Produkte des Kreisverwaltungsreferates verteilen und größtenteils in den entsprechenden Produktdatenblättern dargestellt sind.

3.1 Zahlungswirksame Veränderungen

Besonders erwähnenswert sind folgende zahlungswirksame Anpassungen:

- 2015 finden keine Wahlen und Abstimmungen statt.
Die ursprünglich vorgesehene Ausländerbeiratswahl wird auf 2016 verschoben, so dass auch diese Anmeldung (+ 453.000 €) wieder rückgängig gemacht werden muss (Schlussabgleich 2015). Insgesamt sind aus 2013 Ist-Kosten iHv 5.398.000 € für die Wahlen und Abstimmungen zu reduzieren.
- Wegen der bereits bei den Erlösen beschriebenen leichten Fallzahlensteigerung bei den Passangelegenheiten müssen auch die Erstattungen an die Bundesdruckerei erhöht werden (+ 319.000 €).
- Des Weiteren wurden diverse, z.T. sehr kleinteilige Ist-Korrekturen vorgenommen, die dazu dienen, den Wert des Jahres 2013 bedarfsgerecht für den Plan 2015 fortzuschreiben und ein weiteres Abschmelzen des Budgets zu verhindern.

Dies gilt vor allem auch im Bereich der HA IV-Branddirektion, wo diverse Anpassungen für sachlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand und für die Ausstattung des Personals vorgenommen wurden.

3.2 Veränderungen durch den zentralen IT-Dienstleister

Seit der Gründung des zentralen IT-Dienstleisters [it@M](#) im Jahr 2012 haben sich erhebliche Auswirkungen auf den Haushalt des Kreisverwaltungsreferates ergeben.

Nach Vorgabe der Stadtkämmerei mussten die gesamten Ist-Kosten, die im Jahr 2013 zahlungswirksam geworden sind, für die Planung des Haushaltsjahres 2015 zunächst auf Null gesetzt werden.

Dies hat im ersten Schritt zu einer Kostenreduzierung von 20.303.000 € geführt.

Im Rahmen des nächsten Planungsschrittes wurde dann wiederum ausgehend von der IT-Projekt- und Vorhabensplanung und auf Basis der nach dem Stadtratsbeschluss vom 18.12.2013 evaluierten Preise für Fachanwendungen und Arbeitsplätze Näherungswerte geplant.

Das Kreisverwaltungsreferat hat hier für den Leistungscluster I (Telekommunikation, Arbeitsplätze und Fachanwendungen) 23.433.000 € und für den Leistungscluster II (IT-Projekte, Kontingente und Vorplanungsbudget) 10.336.000 €, gesamt also 33.769.000 € zur Erstattung an [it@M](#) im Plan 2015 angemeldet.

Angesichts der zeitlichen Knappheit und Problemen bei der Synchronisation der Verfahren muss dieser Wert allerdings im Rahmen des sog. Schlussabgleiches nochmals um 973.000 € erhöht werden.

Nach den jetzigen Erkenntnissen wird sich der Planbedarf 2015 auf insgesamt 34.742.000 € belaufen.

Vorerst sind allerdings erst die oben genannten 33.497.000 € in den Plan 2015 und damit die Darstellung von Teilprodukt-, Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt eingeflossen. Das Kreisverwaltungsreferat hat auf eine möglichst verursachungsgerechte Darstellung der Plankosten 2015 geachtet, was allerdings auf Grund der Vielzahl an Verfahren und Projekten auch in der Planung eine erhebliche Herausforderung ist.

3.3 Nicht zahlungswirksame Veränderungen

Durch die tatsächliche Planung der nicht zahlungswirksamen Kosten im Rahmen der Detailplanung (gesamt 93.319.000 €) haben sich wieder erhebliche Abweichungen ergeben, die sich auf insgesamt - 20.465.000 € gegenüber dem Ist 2013 belaufen.

Als größte Veränderungen sind zu nennen:

Die Rückstellungen im Personalbereich, die durch das Personal- und Organisationsreferat geplant werden, sind von 53.988.000 € im Ist 2013 wieder auf 41.149.000 € im Plan 2015 gesunken. Diese Reduzierung (- 12.839.000 €) schlägt sich natürlich bei personalintensiven Produkten wie z.B. dem Produkt Brandbekämpfung, Technische Hilfeleistung besonders nieder.

Auch die Rückstellungen für Beihilfen sind von 10.134.000 € auf 3.674.000 € reduziert worden, was absolut einem Wert von - 6.460.000 € entspricht.

Die Kalkulatorischen Zinsen (- 442.000 €) und die Kalkulatorischen Abschreibungen (- 907.000 €) haben sich ebenfalls reduziert.

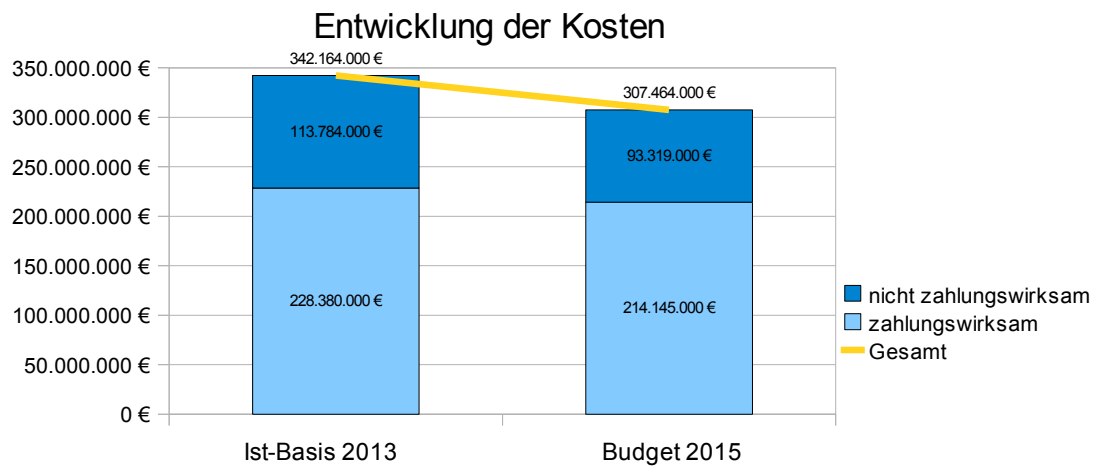
Auch die Gebäudekostenumlage vom Kommunalreferat ist von 27.053.000 € im Ist 2013 auf 25.632.000 € im Plan 2015 gesunken (- 1.421.000 €).

Insgesamt belaufen sich die nicht zahlungswirksamen Kosten nach der Detailplanung auf 93.319.000 € und machen damit einen Anteil von 30,3 % am Kostenbudget des Kreisverwaltungsreferates aus.

Nach der Detailplanung hat das neue Kosten- / Aufwandsbudget somit ein Volumen von **307.464.000 €** (Ausgabenbudget 214.145.000 €).

Die Budgetentwicklung im Bereich der Kosten lässt sich wie folgt darstellen:

Art der Kosten	Ist-Basis 2013	Budget 2015
zahlungswirksam	228.380.000 €	214.145.000 €
davon Personalkosten	174.941.000 €	150.429.000 €
davon Sachkosten	53.439.000 €	63.716.000 €
nicht zahlungswirksam	113.784.000 €	93.319.000 €
davon Rückstellungen für Personal	64.436.000 €	44.956.000 €
davon sonstige nicht zahlungs- wirksame Kosten	49.348.000 €	48.363.000 €
Bereinigung Rechnungsabgrenzung/ Rückstellung	-10.036.000 €	0 €
Gesamt	342.164.000 €	307.464.000 €



4 Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt

4.1 Teilergebnishaushalt

Der Teilergebnishaushalt des Kreisverwaltungsreferates stellt die Art, die Höhe und die Quellen der Erträge und Aufwendungen, d.h. Ressourcenverbrauch und –aufkommen einer Haushaltsperiode dar. Auch der Werteverzehr in Form von Abschreibungen, kalkulatorischen Zinsen und Rückstellungen lässt sich aus dem Ergebnishaushalt des Kreisverwaltungsreferates ablesen.

Die ordentlichen Erträge belaufen sich im Plan für 2015 auf 101.272.200 €. Damit liegt der Plan 2015 um 5.151.003 € unter dem Ergebnis der Erträge von 2013 (106.423.203 €).

Die Veränderungen ergeben sich aus kleinteiligen Abweichungen bei allen Ertragsarten. Die größte Abweichung zwischen 2013 und 2015 besteht bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (- 1.865.218 €) und den Kostenerstattungen und Kostenumlagen (- 1.561.269 €). Die einzelnen Anpassungen sind unter Punkt 2 beschrieben.

Das Kreisverwaltungsreferat erzielt in 2015 rund 70 % der Erträge durch Gebühren (71.412.900 €), rund 15 % durch sonstige ordentliche Erträge (15.410.300 €) und rund 11 % durch privatrechtliche Leistungsentgelte (11.165.700 €).

Die ordentlichen Aufwendungen betragen 264.988.000 €. Sie beinhalten z.B. Personalaufwendungen (150.600.600 €), Versorgungsaufwendungen für das Personal (44.823.400 €), Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (44.972.100 €) und sonstige ordentliche Aufwendungen (17.587.600 €). Hier haben sich im Bezug auf 2013 vor allem die Personal- (- 24.915.840 €) und Versorgungsaufwendungen (- 19.298.755 €) und die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (+ 12.971.969 €) in 2015 verändert. Letzteres ist vor allem auf die Erstattungen an [it@M](#) zurückzuführen (vgl. Punkt 3.2).

Bei den ordentlichen Aufwendungen wurde bereits eine systemische Überplanung abgezogen. Dabei handelt es sich um Anmeldungen, die verwaltungsintern nicht genehmigt wurden, wegen der Zeitschiene der Detailplanung aber im SAP-System erfasst wurden.

In das Ergebnis des Teilhaushalts fließen zudem 407.800 € Erträge und 42.475.500 € Aufwendungen für interne Leistungsbeziehungen ein.

Die Gegenüberstellung der ordentlichen Erträge und Aufwendungen unter Einbezug der internen Leistungsbeziehungen weist demnach ein Ergebnis des Teilhaushalts von - 205.783.500 € auf.

4.2 Teilfinanzhaushalt

Der Teilfinanzhaushalt des Kreisverwaltungsreferates beinhaltet die zahlungswirksamen Ein- und Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit.

Die Einzahlungen 2015 wurden mit 99.192.000 € geplant und sind damit im Vergleich zu 2013 um 2.139.361 € gesunken.

Die Einzahlungsstruktur ist zu einem Großteil durch die Erzielung von sog. öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (Gebühren) geprägt (rund 72 % der Einzahlungen). Hier und bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen haben sich die signifikantesten Reduzierungen (- 1.430.525 € Leistungsentgelte und - 1.555.891 € Kostenerstattungen im Vergleich zu 2013) ergeben. Die Gründe sind u.a. unter Punkt 2 aufgeführt.

Die Auszahlungen teilen sich in einen großen Block für Personalauszahlungen und einen für die sonstigen Sachausgaben auf.

Die Personalkosten für die aktiven Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schlagen nach den Planungen mit 150.467.300 € zu Buche und sind in der Rückschau auf 2013 um 24.721.074 € gesunken. Diese starke Reduzierung ist auf den Einmaleffekt der Nachzahlungen und Anpassungen im Rahmen der EU-Arbeitszeitregelung bei der Branddirektion zurückzuführen. Letztmalig mit Beschluss vom 17./18.12.2013 (Vorlagen-Nr. 08-14 / V 13672, Opt-out; Anpassung der wöchentlichen Arbeitszeit im Wachdienst der Berufsfeuerwehr zum 01.01.2014) wurde dem Stadtrat die Problematik vorgelegt und die zusätzlichen Bedarfe dargestellt.

Die Personalauszahlungen für Aktive betragen rund 70 % des Auszahlungsbudgets. Damit wird wiederum die hohe Personalintensität, die die Wahrnehmung der Aufgaben des Kreisverwaltungsreferates erfordert, deutlich.

Die zahlungswirksamen Sachkosten betragen nach den Veränderungen 63.677.900 €, wobei hier ein Kostenanteil von rund 33.769.000 € für die IT-Leistungen des zentralen Dienstleisters beinhaltet ist. Die nennenswerte Erhöhung in 2015 bei den Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (+ 22.087.531 €) ist weitestgehend auf die erhöhte Erstattung zurückzuführen.

Im Gegenzug haben sich die sonstigen Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit um 1.818.391 € verringert.

Die Auszahlungen für Investitionstätigkeit 2015 wurden mit 6.150.000 € veranschlagt. Dabei handelt es sich um die investiven Beschaffungen von beweglichem Sachvermögen aus allen Bereichen des Referates wie z.B. Ersatzbeschaffungen im Fahrzeugbereich und für Einrichtung.

Aus der Gegenüberstellung aller Ein- und Auszahlungen ergibt sich ein Finanzmittelfehlbetrag des Kreisverwaltungsreferates von 121.053.100 € für 2015.

Die Finanzierung des Kreisverwaltungsreferates über Einnahmen liegt damit bei rund 46 % des Auszahlungsbudgets. Den restlichen Anteil muss der „Zentralhaushalt“ tragen.

5 Produktfinanzhaushalte

Mit den Produktfinanzhaushalten werden seit dem Haushalt 2013 die zahlungswirksamen Erlöse und Kosten je Produkt dargestellt, die in den Produktdatenblättern wegen der betriebswirtschaftlichen Vollkostenrechnung nicht erkennbar sind.

Voraussetzung für die Auswertung des Zahlungsstroms auf der Produktebene war zunächst eine eindeutige Zuordnung der Objekte der Kosten- und Leistungsrechnung (Kostenstellen und Innenaufträge im SAP-Modul CO) zu den jeweiligen Produkten. Hier konnte das Kreisverwaltungsreferat trotz weiterer Bemühungen keine genauere Zuordnung treffen, so dass neben dem Overhead (Anteil zahlungswirksamer Kosten 10.461.180 €) immer noch ein Delta von rund 15.097.073 € besteht.

Dabei handelt es sich um sog. Verrechnungskostenstellen, die der Sammlung von Gemeinkosten dienen, die nicht direkt den einzelnen verursachenden Einheiten zugerechnet werden können. Hierzu gehören u. a. einige Verrechnungskostenstellen aus dem Bereich der IT, allgemeine Portokosten (ohne Wahl) etc..

Insgesamt weisen die Produktfinanzhaushalte im Kreisverwaltungsreferat zahlungswirksame Erlöse von 99.192.000 € und Kosten von 214.399.243 € aus. Damit wird ebenso wie durch den Teilfinanzhaushalt der inputorientierte Anteil, allerdings auf der Produktebene, dargestellt.

6 Produktergebnishaushalte

Erstmals mit dem Entwurf des Produktorientierten Haushalts 2015 wird dem Stadtrat auch der Produktergebnishaushalt vorgelegt.

Der Produktergebnishaushalt stellt die Art, die Höhe und die Quellen der Erträge und Aufwendungen je Produkt dar. Darüber hinaus lässt sich der Werteverzehr in Form von Abschreibungen, kalkulatorischen Zinsen und Rückstellungen je Produkt ablesen.

Nicht dargestellt werden dagegen die referatsinternen Werteflüsse.

Die Kosten, die für den Overhead und die nicht zugeordneten Bereiche anfallen, tauchen in dieser Betrachtung nicht auf, sondern werden in den Produkthaushalten dargestellt, die die gesamten Erstellungskosten eines Produktes wiedergeben.

Die stadtweiten Verrechnungen von Querschnittsbereichen (z.B. Personal- und Organisationsreferat für die dort erbrachten Leistungen bei der Personalbetreuung, Gehalts- und Lohnabrechnung oder Kommunalreferat für die Umlage der mfm-Gebäudekosten) werden in der Zeile Interne Leistungsbeziehungen dargestellt und entsprechend der oben dargestellten Zuordnung der CO-Objekte zu einem Produkt.

Das Ergebnis der zugewiesenen Produktteilhaushalte beläuft sich auf 151.985.369 €. Nicht zugewiesen werden konnten 53.563.902 € (siehe Punkt 5).

7 Investitionen

7.1 Grundlagen

Das Kreisverwaltungsreferat legt in dieser Vorlage auch das Mehrjahresinvestitionsprogramm 2014 - 2018 mit verbindlicher Planung für 2019 zur Beschlussfassung vor.

Der Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München wurde am 22.10.2014 der Entwurf des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2014 - 2018 übergeben, der zur weiteren Beratung an die Fachausschüsse verwiesen wurde.

Grundsätzlich besteht das Mehrjahresinvestitionsprogramm aus 3 Listen:

- In die Investitionsliste 1 werden Maßnahmen aufgenommen, die im Programmzeitraum als finanziell gesichert angesehen und verwirklicht werden können.
- Die Investitionsliste 2 beinhaltet Projekte, für die ein Projekt- bzw. Planungsauftrag besteht und die voraussichtlich im Planungszeitraum begonnen werden können.
- Die Investitionsliste 3 weist sonstige Vorhaben aus, deren Realisierung mangels Finanzierungsmöglichkeiten noch nicht absehbar ist.

Der Programmentwurf beinhaltet Maßnahmen und Pauschalen des Kreisverwaltungsreferates in den Investitionslisten 1 und 3.

Das Mehrjahresinvestitionsprogramm des Kreisverwaltungsreferates beinhaltet auch wieder eingeplante Reste über 999.000 €.

Auf Grund einer Umstellung des Verfahrens durch die Stadtkämmerei müssen bereits durch den Stadtrat genehmigte und nicht abgeflossene Mittel über der genannten Wertgrenze wieder eingeplant werden. Die Mittel erscheinen bei den jeweiligen Kennnummern mit dem nicht abgeflossenen bzw. mit der Stadtkämmerei abgestimmten Betrag.

Anlass für das Entstehen von Restmitteln ist, dass auf Grund tatsächlicher Verhältnisse (z.B. lange Ausschreibungsdauer, Verzögerungen bei gesetzlichen Vorgaben), keine Auszahlung im Planungsjahr erfolgen kann. Die fortbestehenden Bedarfe müssen der Stadtkämmerei nachgewiesen werden. Prädestiniert für die Bildung von Resten in dieser nennenswerten Größenordnung sind vor allem Großbeschaffungen wie Austausch einer ganzen Fahrzeuggruppe etc. Deshalb sind im Bereich der Hauptabteilung IV 3 Teilwiedereinplanungen von Restmitteln für 2014 angefallen.

7.2 Investitionsliste 1

Kenn-Nrn. 0500.9330, 0520.9330, 1100.9330, 1110.9330, 4080.9330, 5440.9330, 1300.9330, 1400.9330

Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände

Bei diesen Kennnummern werden die Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände über einem Wert von 150 Euro ohne MwSt. abgebildet, die selbständig nutz- und bewertbar sind und damit unter das sog. Anlagevermögen fallen. Hier werden größtenteils die Ansätze fortgeschrieben.

Damit werden die laufenden Ausgaben für den Austausch und Ersatzbeschaffungen des Anlagevermögens im Bereich des Kreisverwaltungsreferates finanziert.

Als Ausfluss des Beschlusses Soziodemografischer Wandel - Personalbedarf im Kreisverwaltungsreferat (Vorlagen-Nr. 08-14 / V 14051) vom 18./19.02.2014 wurde die Pauschale für Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände bei Kenn-Nr. 1100.9330 moderat erhöht, um die neuen Stellen mit Arbeitsplätzen ausstatten zu können. Nachdem dies im Zuge der Stellenbesetzungen stattfindet, wurde vorerst nur ein Teilbetrag angemeldet. Die weiteren benötigten Mittel werden bedarfsgerecht im jeweiligen Verfahren abgerufen (Haushaltsplanung oder Büroweg).

Die MIP-Rate 2014 ff bei Kenn-Nr. 1300.9330 enthält einen jährlichen Sockelbetrag für diverse Beschaffungen im Bereich der Branddirektion in Höhe von 1.870.000 €.

Weitere 352.000 € wurden für 2014 für die Ersatzbeschaffung von EKG-Geräten bewilligt. Die vorhandenen Geräte aus den Jahren 1999-2003 müssen auf Grund ihrer Reparaturanfälligkeit ausgetauscht werden. Zudem muss auf den Fahrzeugen ein einheitlicher Standard an Geräten gewährleistet werden.

Außerdem werden in Erfüllung des Stadtratsauftrages (Beschluss des Stadtrates 08-14/V 12523 vom 24.07.2013) Geräte für die automatisierte Herzdruckmassage für 225.000 € beschafft.

Darüber hinaus waren aus Vorjahren Reste in der Größenordnung von 1.594.000 € vorhanden.

Grundsätzlich sollten diese Mittel, die weiterhin für Beschaffungen benötigt werden, für 2014 eingeplant werden. Zur gleichmäßigen Darstellung der MIP-Raten hat die Stadtkämmerei allerdings eine Verschiebung für angezeigt gehalten, so dass in 2016 1.500.000 € aus Resten eingeplant wurden.

Für 2015 ff wird die Rate wegen der Beschaffungen, die durch die Umstellung des Digitalfunks erforderlich werden, nochmals um insgesamt 6.380.000 € (davon 5.180.000 € in 2015 und 1.200.000 € in 2017) gemäß Beschluss vom 29./30.07.2014 (Vorlagen-Nr. 14-20 / V 00901) erhöht.

Kenn-Nrn. 1300.9364 DV-Anlagen, Software

Infolge der an it@M übertragenen Zuständigkeit für IT-Beschaffungen ist seit 2012 bei der Hauptabteilung IV grds. nur eine IT-Pauschale für die Integrierte Leitstelle enthalten (jährlich 250.000 € für diverse Ersatzbeschaffungen).

Zudem wurden für 2014 investive Reste aus 2012 iHv 426.000 € wieder eingeplant, die für Ersatzbeschaffungen weiterhin benötigt werden.

Für 2014 werden zusätzliche Mittel für das Projekt Telematik iHv 100.000 € und in 2015 für die Einführung einer neuen Fuhrpark- und Gerätesoftware iHv 740.000 € benötigt. Bei ersterem Projekt handelt es sich um die Bereitstellung von Eingabegeräten mittels derer das Notfallprotokoll Bayern an der Einsatzstelle direkt erfasst werden kann. Die BF München nimmt an diesem Projekt mit ihren Rettungsdienstfahrzeugen teilnehmen.

Zu einer besseren und effizienteren Fuhrpark- und Geräteverwaltung im Bereich der Branddirektion soll in 2015 hierfür ein neues integratives Programm zum Einsatz kommen.

Weitere investive Ansätze für die IT sind nicht mehr vorhanden.

Kenn-Nr. 1300.9340

Kraftfahrzeuge Feuerwehr – Ersatzbeschaffungen

In der MIP-Rate 2014 sind u.a. 600.000 € für 12 Mehrzweckfahrzeuge, 405.000 € für 3 Rettungstransportwagen, 200.000 € für ein Wechselladerfahrzeug zur Sicherstellung eines Mindestbestandes an Trägerfahrzeugen und 100.000 € Mehrkosten für einen Abrollbehälter für die neu installierte Analytische Task Force zur Erkennung und Bekämpfung biologischer, chemischer oder radiologischer Gefahren vorgesehen. Letzterer wird voraussichtlich mit einem Betrag von 120.000 € vom Freistaat Bayern bezuschusst.

In 2016 müssen 15 Drehleiterfahrzeuge ersatzbeschafft werden, die mit Kosten von 12.000.000 € zu Buche schlagen.

Zudem waren Reste in der Größenordnung von 1.448.000 € aus Vorjahren vorhanden. Da diese Mittel weiterhin für Beschaffungen benötigt werden, wurden diese für 2014 wieder eingeplant.

Kenn-Nr. 1300.1008 Feuerwache 4, Heßstr. 120

Für Ersteinrichtungskosten der Feuerwache 4 sind von 2014 bis 2016 insgesamt 2.547.000 € vorgesehen, davon ein Anteil von 24.000 € für 2014, 2.434.000 € für 2015 und 89.000 € in 2016.

7.3 Investitionsliste 3

Kenn-Nr. 1100.7515

Investitionskostenzuschuss Fahrradstation Hauptbahnhof

Die Anmeldung umfasst den Zuschuss der Landeshauptstadt München zum Bau einer Fahrradstation am Starnberger Flügelbahnhof an der Arnulfstr. durch die Deutsche Bahn AG (DB AG). Die DB AG als Grundstückseigentümerin hat der Stadt noch keine Angaben zur Realisierung der Fahrradstation vorgelegt. Die Konkretisierung der Maßnahme ist auch nicht vor Abschluss der Planungstätigkeiten zur Neugestaltung des Münchner Hauptbahnhofs durch die DB AG zu erwarten. Zudem ist die Höhe des benötigten Investitionskostenzuschusses von den gewährten Fördermitteln des Freistaates Bayern abhängig. Nachdem nach wie vor weder der Zeitrahmen noch der Umfang der benötigten Zuschüsse feststeht, erfüllt die Maßnahme nicht die erforderliche Planungsreife zur abschließenden Behandlung im Kreisverwaltungsausschuss und zur Einstellung in eine höherrangige Investitionsliste. Die Maßnahme ist im MIP 2014-2018 für 2015 und 2016 in Investitionsliste 3 unter der Maßnahmennummer 1100.7515 geführt. Eine Fortführung der Maßnahme ist im Kontext des Gesamtkonzepts für P+R-Anlagen sowie B+R-Anlagen in München nötig.

8 Ziele

Das Kreisverwaltungsreferat schlägt für das Jahr 2015 20 Stadtrats- und 75 daraus entwickelte Handlungsziele vor. Diese liegen als Anlage 1 bei.

Bei der Erarbeitung der Ziele 2015 legte das Kreisverwaltungsreferat besonderen Wert auf den umfassenden Einbezug der PERSPEKTIVE MÜNCHEN.

Alle Ziele sind mit den thematischen Leitlinien der PERSPEKTIVE MÜNCHEN verknüpft, um dem Beschluss der Stadtratsvollversammlung vom 08.06.2011 über die "PERSPEKTIVE MÜNCHEN - Fortschreibung 2011; Leitmotiv, strategische Leitlinien" (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 06446) Rechnung zu tragen.

Die Schwerpunkte, die das Kreisverwaltungsreferat als Bürgerreferat betreffen, finden sich in folgenden Leitlinien:

- Leitlinie 3 Sozialen Frieden durch soziale Kommunalpolitik sichern
- Leitlinie 7 Mobilität für alle erhalten und verbessern –
stadtverträgliche Verkehrsbewältigung
- Leitlinie 8 Inneren Frieden sichern –
durch kommunale Sicherheits-, Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik
- Leitlinie 9 Chancen der Neuen Medien nutzen –
verbesserte Grundversorgung, öffentlichen Zugang, Medienkompetenz und
Medienwirtschaft fördern
- Leitlinie 15 Rundum gesund. Leitlinie Gesundheit:
Herausforderungen begegnen, Perspektiven schaffen,
Lebensqualität fördern

Aus diesen Leitlinien sind im Detail die Unterpunkte 3.2, 7.1 bis 7.3, 8.0, 8.8 bis 8.14, 9.1 und 15.5 einschlägig.

Ausgehend von diesen Schwerpunkten wurden die (längerfristigen) Stadtratsziele auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft und in den meisten Fällen fortgeschrieben.
2 neue Stadtratsziele wurden (wieder) aufgenommen:

- Stadtratsziel 06 Das E-Government-Angebot ist optimiert.

Das Ziel wird wieder aufgenommen. Zwar wird auch stadtweit die E-Government-Strategie vorangetrieben, allerdings ist für das Kreisverwaltungsreferat als Bürgerreferat dies von besonderer Bedeutung.

- Stadtratsziel 12 Die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer
ist verbessert.

Die aus den 20 Stadtratszielen entwickelten Handlungsziele sind meist kurzfristiger angelegt und gelten in der Regel ein bis zwei Jahre.

Bei Bedarf, vor allem wenn sich eine Verzögerung bei der Zielerreichung eingestellt hat, wurden auch diese Ziele fortgeschrieben. Hier wurden aber auch 29 neue Handlungsziele für 2015 aufgenommen, die aktuelle Herausforderungen widerspiegeln.

Im Zielekatalog werden mittels Pfeildarstellung Aussagen zu den Qualitäten und Quantitäten getroffen. Die Tendenzpfeile stellen allerdings nur Anhaltspunkte für die qualitative bzw. quantitative Gesamtentwicklung eines Produktes dar.

Aussagen zu den Chancen und Risiken bzw. zur Gesamtentwicklung je Produkt sind in den Management Summaries und den Produktdatenblättern enthalten. Insbesondere die „Ampel“ gibt an, ob und in welcher Qualität die Aufgabe erfüllt werden kann.

Die Auswirkungen der Ziele auf die Produktbudgets sind – wo es explizit darstellbar ist – der Zieletabelle zu entnehmen.

9 Produkte und Datenblätter

9.1 Fortschreibung

Bei den Produkten des Kreisverwaltungsreferates haben sich aktuell keine Änderungen ergeben.

Allerdings werden im Zusammenhang mit der Umstrukturierung der Hauptabteilung I die Zuordnungen der Produktleistungen zu den Produkten auf den Prüfstand gestellt. Auch wenn die Produkte grundsätzlich keine Abbildung der Organisationsstruktur darstellen, kann dies dennoch ein Indiz sein.

Nachdem auf Grund der zeitlichen Knappheit keine fundierte Betrachtung mehr möglich war, werden evtl. Änderungen in einem späteren Zyklus vorgelegt,

Im Rahmen der ständigen Evaluation der Produktdatenblätter und auch der Kennzahlen werden einige Anpassungen vorgeschlagen.

Dabei handelt es sich um

- Kennzahlen, die mangels Datengrundlage nicht bedient werden können,
- Kennzahlen, die auf Grund ihrer Kleinteiligkeit eine enorme Schwankungsbreite haben und dennoch keine Steuerung zulassen (z.B. Kennzahl lautet 2 %, bei einer Änderung auf 1 % beträgt die Schwankung 50 %) sowie
- Kennzahlen, die nicht mehr benötigt werden.

Die einzelnen Anpassungen sind den Produktdatenblättern zu entnehmen.

Das Kreisverwaltungsreferat wird auch künftig seine Produkte und Kennzahlen ständig weiterentwickeln.

Produkt Gewerberechtl. Angelegenheiten, PL3 Veranstaltungen/Versammlungen

Die Kennzahlen „Überwachung/ Begehung bei Veranstaltungen...“ wird ersetzt durch die Kennzahl „Überwachung/ Begehung von Veranstaltungen, für die ein Sicherheitskonzept erstellt wurde“. Damit kann aussagekräftiger die Überwachung größer, gefahrenträchtiger Veranstaltungen dargestellt werden.

Produkt Sozialversicherungsangelegenheiten

Die Qualität Terminvereinbarung in ihren Ausprägungen wird durch „Bearbeitung (der Anträge nach dem SGB VI) innerhalb eines Arbeitstages“ ersetzt. Damit wird besser dargestellt, wann die Kundinnen und Kunden mit dem für sie relevanten Ergebnis rechnen können.

Produkt Ausländerrechtliche Angelegenheiten

Die Kennzahl „Wartezeit bis 30 Minuten“ wird geändert in „Wartezeiten Schnellschalter und eAT-Ausgabe“. Dort kann auf Grund eines entsprechenden Tools eine Ermittlung stattfinden. Zudem können in wesentlichen Teilbereichen der ABH Termine vereinbart werden, so dass die „klassische“ Wartezeit nur bei den genannten Bereichen relevant ist.

Produkt Verkehrsüberwachung

Hier wurden ebenfalls Kennzahlen aufgegeben, die wegen fehlender Steuerungsrelevanz keinen Sinn machen.

Dabei handelt es sich bei den Qualitäten/Wirkungen um folgende Kennzahlen

- PL 1 Einstellung von Verfahren bzw. Anteil Mitarbeiter im Außendienst
- PL 2 Einstellung von Verfahren bzw. Anteil Mitarbeiter im Außendienst.

Zur Einstellung der Verfahren ist auszuführen, dass sich die Quoten immer im niedrigen einstelligen %-Bereich bewegen. Es ist ein Selbstverständnis, dass die Verfahren so optimiert und straff geführt werden, dass die Einstellungsquote immer so niedrig wie möglich ist.

Der Anteil der Mitarbeiter im Außendienst ist seit Jahren so gut wie fix.

Auch hier ist es selbstverständlich, dass die Dienststelle wirtschaftlich arbeitet und daneben mögliche Verbesserungen in der Organisation, sowie verstärkte IT- Unterstützung usw. wahrnimmt, damit wirklich nur so viel Personal beschäftigt werden muss, wie für die Aufgabenerfüllung notwendig.

Weitere Kennzahlen wurden sprachlich geglättet oder präziser gestaltet.

9.2 Ausweis der Vollzeitäquivalente

Mit Stadtratsbeschluss vom 30.03./ 06.04.2011 wurden die Referate beauftragt, sukzessive eine Aussage zum geplanten und tatsächlichen Personaleinsatz (in Form von Vollzeitäquivalenten [VZÄ]) in die Produktdatenblätter aufzunehmen.

Der Ausweis des produktbezogenen Personaleinsatzes (ApP) ist seit 2013 mittels eines stadtweit zur Verfügung gestellten Kennzahlenberichts möglich.

Das Kreisverwaltungsreferat hat für 2015 die zuordenbaren PlanVZÄ in Produktdatenblätter und Management Summaries aufgenommen.

Eine Qualitätssicherung der Daten konnte wegen des Umfangs (laut ApP-Bericht 3.308,07 VZÄ referatsweit), insbesondere aber aus Zeitgründen nicht vorgenommen werden.

10 Gleichstellungsorientierte Haushaltssteuerung bei der Landeshauptstadt München und die Umsetzung im Kreisverwaltungsreferat

Unter Bezugnahme auf den Beschluss des Stadtrats vom 24.07.2013, Vorlagen-Nr. 08-14/V11255 zur „Gleichstellungsorientierten Haushaltssteuerung, Ergebnisse der Pilotphase und Stadtweite Umsetzung ab 2013“ verweist das Kreisverwaltungsreferat auf die Darstellung zu diesem Themenkomplex in den beiden vorhergehenden Beschlüssen zum Produktorientierten Haushalt 2013 und 2014.

Das Kreisverwaltungsreferat hat geschlechterdifferenzierte Leistungsmengen und Zielgruppen aufgenommen.

Allerdings gilt weiterhin, dass auf Grund der gesetzlichen Aufgaben das weitere Vorantreiben der Gleichstellungsorientierten Haushaltssteuerung und vor allem die Aufnahme weiterer Kennzahlen und die Durchführung einer Zielgruppenanalyse zu keinen verwertbaren Steuerungsinformationen für das Referat selbst führen wird. Zunächst sind die Ergebnisse anderer Bereiche abzuwarten und die Methodik zu verfeinern.

Das Kreisverwaltungsreferat hält deshalb daran fest, vorerst keine weiteren Maßnahmen in diesem Bereich zu ergreifen, obgleich das Ziel einer stadtweiten Implementierung unterstützt wird.

Die Beschlussvorlage ist mit der Stadtkämmerei und dem Direktorium abgestimmt, das Personal- und Organisationsreferat hat einen Abdruck dieser Vorlage erhalten.

Der Korreferent des Kreisverwaltungsreferates, Herr Stadtrat Dr. Dietrich, sowie die Verwaltungsbeirätinnen und -beiräte aller Hauptabteilungen des Kreisverwaltungsreferates

Herr Stadtrat Krause
Herr Stadtrat Schall
Herr Stadtrat Progl
Frau Stadträtin Zurek

haben von dieser Beschlussvorlage Kenntnis genommen.

In dieser Beratungsangelegenheit ist mit Ausnahme des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2014-2018 mit verbindlicher Planung für 2019 die Anhörung der Bezirksausschüsse nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Im Rahmen der Anhörung zur Fortschreibung des Mehrjahresinvestitionsprogramms 2014-2018 durch die Stadtkämmerei wurden von Seiten des Bezirksausschusses 21 Empfehlungen zur Aufnahme von verkehrlichen und baulichen Maßnahmen in Form der Errichtung von Lichtzeichenanlagen an der Verdistr. und der Lochhausener/ Pippinger Str. abgegeben.

Die Hauptabteilung III des Kreisverwaltungsreferates hat in einem Schreiben vom 26.06.2014 an das Baureferat hierzu Stellung genommen. Danach kann eine Aufnahme in das aktuelle Lichtzeichenanlagen-Bauprogramm derzeit nicht erfolgen. Die beiden Vorhaben verbleiben allerdings in der Vormerkliste. Die endgültige Stellungnahme erfolgt durch das Baureferat, das auch für die Aufnahme der Maßnahmen in das dortige Mehrjahresinvestitionsprogramm zuständig ist. Die Anregung bzw. Empfehlung ist damit von Seiten des Kreisverwaltungsreferates abschließend behandelt.

II. Antrag des Referenten

1. Den Stadtratszielen 2015 für das Kreisverwaltungsreferat wird zugestimmt, die Handlungsziele werden zur Kenntnis genommen.
2. Das Kreisverwaltungsreferat wird beauftragt, vorbehaltlich der Beschlussfassung des Stadtrats zum Haushalt 2015, den produktorientierten Haushalt für das Jahr 2015 auf Basis der vorgelegten Teilhaushalte, Referatsbudgets, Ziele und Datenblätter für die Produkte zu vollziehen.
Ziele, bei denen noch nicht absehbar ist, ob mit ihnen ein finanzieller Mehrbedarf verbunden ist, stehen unter einem Finanzierungsvorbehalt.
Grundlage sind die von der Stadtkämmerei im Haushaltsplan der Landeshauptstadt München für das Haushaltsjahr 2015 vorgelegten Bände Gesamthaushalt und Teilhaushalt Kreisverwaltungsreferat sowie die in der Anlage beigefügten Ziele 2015.
3. Von den Ansätzen der Investitionslisten 1 und 3 des Mehrjahresinvestitionsprogrammes des Kreisverwaltungsreferates für die Jahre 2014 – 2018 mit verbindlicher Planung für 2019 wird Kenntnis genommen. Die Anlage ist Bestandteil des Beschlusses.
4. Der Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

III. Beschluss

nach Antrag

Die endgültige Beschlussfassung über den Beratungsgegenstand obliegt der Vollversammlung des Stadtrates vom 17.12.2014.

Stadtrat der Landeshauptstadt München

Der/Die Vorsitzende

Der Referent

Ober/Bürgermeister/in

Dr. Blume-Beyerle
Berufsmäßiger Stadtrat

IV. Abdruck von I. - III.

über den stenographischen Sitzungsdienst
an das Direktorium - Dokumentationsstelle
an das Revisionsamt
an die Stadtkämmerei
zur Kenntnis

V. WV bei KVR – GL/ 12

Zu V.

Die Übereinstimmung des vorstehenden Abdruckes mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

1. an das Direktorium – D-I-CS
2. an das Personal- und Organisationsreferat
3. mit Vorgang zurück zum Kreisverwaltungsreferat - GL/21
zur weiteren Veranlassung.

Am.....
Kreisverwaltungsreferat – GL/ 12